



Bild: Baustelle der Strassenbahn in Jerusalem

Völkerrechtswidriges Strassenbahnprojekt in Ostjerusalem

Mit dem Bau einer Strassenbahnlinie durch Ostjerusalem, das illegale Siedlungen in der israelisch besetzten Westbank mit dem Stadtzentrum verbindet, versucht Israel den Status von Jerusalem als jüdische Hauptstadt zu festigen. Die französischen Firmen Alstom und Veolia haben den Auftrag für die Realisierung und Betreibung des völkerrechtswidrigen Projektes übernommen.

Heute leben bereits über 400 000 jüdische SiedlerInnen im besetzten Ostjerusalem. Nach Internationalem Recht ist die Besiedlung eines militärisch besetzten Gebietes illegal. Israel versucht mit dieser Politik, Fakten zu schaffen, um die gesamte Stadt Jerusalem zur „ungeteilten Hauptstadt“ Israels zu machen. Die Strassenbahn soll die Siedlungen um die Stadt mit dem Stadtzentrum verbinden, wofür palästinensischer Boden konfisziert wurde. Mit dem Strassenbahnprojekt, das durch den arabisch bewohnten Ostteil der Stadt führt, verstärkt Israel die Kolonialisierung der besetzten Westbank. Nach Internationalem Recht ist dies eindeutig illegal. Die Strassenbahnlinie befindet sich zurzeit im Bau und soll 2009 in Betrieb genommen werden.

Hinter dem internationalen Konsortium, das in den nächsten 30 Jahren den Betrieb und die Wartung des Tramnetzes übernehmen und dabei beträchtliche Gewinne erzielen soll, stehen Investoren wie Alstom und Veolia mit Hauptsitz in Frankreich. Durch die Bereitschaft internationaler Geldgeber, grosse Investitionssummen bereitzustellen, wird die Realisierung des Projektes erst möglich. Die französischen Konzerne werden so Komplizen der israelischen Besatzungs- und Vertreibungspolitik der palästinensischen EinwohnerInnen Jerusalems, die immer mehr aus der Stadt verdrängt werden.



Wie ist es möglich, dass an der Basler Herbstmesse plötzlich Mulden des Besitzungsprofiteurs Veolia stehen? Der französische Konzern baut sein Geschäft in der Schweiz aus. Er hat u.a. die Basler Muldenzentrale aufgekauft und wirbt jetzt mit seinem Firmenlogo auf Mulden und Fahrzeugen. Das Basler Baudepartement erteilt dem neuen Besitzer Aufträge wie die Abfallentsorgung an der Herbstmesse. Protestieren Sie beim Departement gegen diese Auftragsvergaben an den Veolia-Konzern.



SARASIN

Die Sarasin-Bank mit Hauptsitz in Basel empfiehlt Veolia Environnement als Möglichkeit einer „nachhaltigen Investition“, obwohl der französische Konzern mit dem Strassenbahnprojekt in Ostjerusalem gegen die Anforderungen der Nachhaltigkeit verstösst. Die Palästina-Solidarität der Region Basel hat die Bank brieflich aufgefordert, ihre Investitionen aus diesem Unternehmen abzuziehen. Schreiben auch Sie Ihrer Bank und fordern sie auf, ihre Geld nicht in diesem Konzern anzulegen.



Novartis hat verschiedene Dienstleistungen an externe Firmen ausgelagert. Veolia hat die Sammlung und Entsorgung der Industrieabfälle und das Wassermanagement übernommen. Veolia beschäftigt in Basel bei Novartis 320 Personen.

Stoppt Besatzung und Apartheid

Seit 40 Jahren hält Israel die Westbank, den Gazastreifen und den Golan militärisch besetzt. Unter dieser Besatzung leben heute mehr als 4.5 Millionen PalästinenserInnen. Durch Absperrungen, Strassenblockaden, Checkpoints, eine über 750 km lange Mauer/Zaun, Ausreisesperren und den extrem restriktiven Zugang nach Jerusalem wird die Bewegungsfreiheit der PalästinenserInnen auch innerhalb der besetzten Gebiete verunmöglicht. Die palästinensische Wirtschaft und die Einkommensmöglichkeiten sind weitgehend zerstört, eine Mehrheit der Bevölkerung ist auf Unterstützung internationaler Hilfsorganisationen angewiesen. Die Gesundheitsversorgung und die Bildungsmöglichkeiten sind stark eingeschränkt.

Mit der Ansiedlung Hunderttausender israelischer SiedlerInnen, dem Bau von für PalästinenserInnen nicht benutzbaren Verkehrsverbindungen zwischen den Siedlungsblöcken, grossflächigen Enteignungen und der Zerstörung palästinensischer Anbauflächen und Wohnhäuser versucht Israel, den Lebensraum der einheimischen arabischen Bevölkerung immer mehr einzuengen und sich das Land anzueignen. Israel setzt damit die Politik der „ethnischen Säuberung“ aus der Zeit rund um die Staatsgründung 1948 in den 1967 besetzten Gebieten fort.

Verschiedene Produkte aus den besetzten Gebieten werden auch in der Region Basel verkauft. Wir stellen einige Produkte vor und fordern Sie auf, diese Produkte zu boykottieren und bei den Anbietern gegen den Verkauf zu protestieren:



Die Trinkwassersprudler der Firma „Soda Club“ werden in der Industriezone der nach Völkerrecht illegalen Siedlung Ma’ale Adumim östlich von Jerusalem hergestellt. Die Industriezone Mishor Adumin gehört zum grössten Siedlungsblock in der Westbank. Sie wurde auf dem Boden der palästinensischen Dörfer Abu Dis, El Izriyh, El Issawiyeh, El Tour und Anata errichtet. Die Siedlung Ma’ale Adumim mit der zugehörigen Industriezone gehört zum israelischen Projekt von Grossjerusalem. Soda Club Wassersprudler werden bei uns u.a. bei Migros, Coop, Fust, Manor verkauft.



Die Firma Eden Springs ist mit der Ausbeutung der Wasserquellen der besetzten Golanhöhen gross geworden. Sie betreibt dort eine eigene Wasserquelle (Salukia) und eine Abfüllanlage in Katzrin. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen eines militärisch besetzten Gebietes ist nach Internationalem Recht illegal.

Die Firma vermietet in der Region Basel Wasserspender an Geschäfte. Solche Wasserspender stehen u.a. bei Bodyshop und weiteren Geschäften.



MIGROS

Immer wieder führen Coop und Migros Kräuter, Süsskartoffel, Melonen, Datteln, Erdnüsse und andere Erzeugnisse aus Israel. Zum Teil werden diese Produkte in den besetzten Gebieten hergestellt und mit landwirtschaftlichen Produkten vermischt, die in Israel selbst hergestellt werden, ohne die genaue Herkunft zu deklarieren. Die Grossverteiler verstossen mit dem Verkauf von Produkten mit falschen oder ungenügenden Herkunftsangaben gegen das Schweizer Lebensmittelgesetz und damit gegen ihre eigenen Grundsätze der Nachhaltigkeit und machen sich zu Komplizen der israelischen Besatzungspolitik..

Kampagne für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) in der Schweiz

Vor drei Jahren haben palästinensische NGOs, Gewerkschaften und politische Organisationen nach dem Vorbild der Kampagne gegen das Südafrikanische Apartheidsregime eine gemeinsame internationale Kampagne zum Boykott von Israel lanciert. Ziel der Kampagne ist es, das Ende der israelischen Besatzung und Apartheid herbeizuführen und das Recht der Palästinaflüchtlinge auf Rückkehr in ihre Herkunftsorte und ihr Land durchzusetzen.

Mehr Informationen über die Kampagne auf www.bds-info.ch



Herausgeberin:

Palästina-Solidarität der Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel

Spenden auf: PC 40-756856-2